



Nr. 55 | 30.04.2021

Belarus-Analysen

Covid-19 in Belarus

■ ANALYSE		
Eine kurze Geschichte des Kampfes gegen Covid-19 in Belarus Filipp Bikanow (Marktforschungsinstitut SATIO, Minsk)		2
■ UMFRAGEN		
Covid-19 in Belarus in Umfragen		6
■ STATISTIK		
Covid-19 in Belarus, Stand 30. April 2021		9
■ CHRONIK		
Covid-19-Chronik, 27. März – 29. April 2021		11
■ CHRONIK		
1. – 31. März 2021		12

Eine kurze Geschichte des Kampfes gegen Covid-19 in Belarus

Filipp Bikanow (Marktforschungsinstitut SATIO, Minsk)

DOI: 10.31205/BA.055.01

Zusammenfassung

Die Corona-Pandemie hat die mangelnde Effektivität von Entscheidungen der staatlichen Organe aufgezeigt; viele der in Belarus bestehenden Probleme des Staatsaufbaus sind deutlich geworden und haben sich verschärft. Während die Mediziner sich nach Ansicht von Experten professionell an die Bekämpfung der Pandemie und die Behandlung der Erkrankten machten, hat es der Staat nicht vermocht, rechtzeitig und umfassend Maßnahmen gegen die Pandemie zu ergreifen, die Unternehmen zu unterstützen oder das Bildungssystem an die neuen Realitäten anzupassen. Die Belarus_innen waren gezwungen, die Probleme eigenständig zu lösen: Die Unternehmen mussten ihre Mitarbeiter unterstützen, die Hochschuldozenten hatten einen Fernunterricht zu organisieren und charitative Organisationen mussten Schutzausrüstungen für Ärzte kaufen. Dadurch hat sich die Zivilgesellschaft in Belarus konsolidiert, wobei sie sich der Regierung und deren katastrophaler Kommunikationspolitik entgegenstellte. Es war die schlechte Kommunikationspolitik des Staates während der Pandemie, die vor den Präsidentschaftswahlen 2020 den Anstoß zu einer massenhaften Politisierung der Gesellschaft gab. Derzeit überträgt sich das angesammelte Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen auch auf andere Formen der Pandemiebekämpfung, etwa auf die Impfkampagne.

Gescheiterte Kommunikationspolitik des Staates

Zu Beginn der Epidemie noch hatte sich das Vorgehen der Regierung nahezu mit den Erwartungen der Gesellschaft gedeckt. Nach nur wenigen Monaten allerdings hat die Kommunikationspolitik des Staates zu einer Vertrauenskrise der Gesellschaft gegenüber dem Staat geführt.

Im März 2020 gab es eine Phase des Vertrauens zwischen Staat und Gesellschaft, die aus historischer Perspektive relativ kurz, für Belarus aber relativ lang war.

Die Maßnahmen, die der Staat in den ersten Wochen der Pandemie ergriff, kamen den Erwartungen der Bevölkerung recht nahe. So besagt eine Studie des Instituts SATIO, dass ein Verbot öffentlicher Veranstaltungen die strengste Maßnahme war, die die Belarus_innen im März 2020 sehen wollten. In der Gesellschaft gab es keinen Wunsch nach einer strengen Quarantäne oder einer Schließung von Einzelhandelsobjekten. Der Wunsch, dass es keine strengen Maßnahmen geben sollte, blieb das Frühjahr und den ganzen Sommer über bestehen. Hinsichtlich der Kommunikation mit der Gesellschaft war ebenfalls alles in Ordnung. Anfänglich wurden auf den Presseterminen des Gesundheitsministeriums ausreichend Informationen genannt: Die Zahlen der Erkrankten wurden nicht verheimlicht und es wurde darüber informiert, welche Maßnahmen im Gesundheitswesen zur Eindämmung der Pandemie ergriffen werden.

Sie Situation begann sich jedoch bereits im März auch zu ändern, als in den Medien Äußerungen von Aljaksandr Lukaschenka darüber erschienen, dass »die

Lage mit dem Coronavirus [...] eine Psychose« sei, dass Parlamentsabgeordnete meinten, es sei »nicht hinnehmbar, Gerüchte über das Coronavirus zu verbreiten«. Ab dem 17. April 2020 antwortete das Gesundheitsministerium nicht mehr auf Fragen zum Coronavirus. Im weiteren Verlauf diente das Virus bei den Wahlen als Argument, um die Zahl der Wahlbeobachter in den Wahllokalen zu reduzieren. Diese Maßnahmen deckten sich nicht mehr mit einer Rhetorik, die die Dimensionen der Epidemie kleinredete, was wiederum das Vertrauen in staatliche Informationen nicht gerade wachsen ließ.

Im April 2020 wurde offensichtlich, dass das Gesundheitsministerium Tatsachen verschweigt. Die Belarus_innen wollten besser über die Verbreitung des Virus und die ergriffenen Maßnahmen informiert werden; so lautete der Wunsch von über 70 Prozent der städtischen Bevölkerung. Es wurde die Tendenz feststellbar, dass Informationen aus staatlichen Quellen misstraut wurde. Spätere Daten (nach April 2020) erlauben es, von einer Manipulation der Krankenstatistiken zu sprechen.

Die mangelnde Informiertheit verschärfte das Problem des mangelnden Vertrauens gegenüber dem gesamten Gesundheitssystem drastisch. Die Menschen verloren die Gewissheit, dass sie im Falle einer schweren Erkrankung ausreichend und fachlich qualifizierte medizinische Hilfe erhalten würden. Sie suchten aus Angst vor einer Ansteckung nicht mehr medizinische Einrichtungen auf. Wegen des Mangels an korrekten Daten waren Gesundheitsexperten nicht in der Lage, richtige und begründete Entscheidungen zur Pandemiebekämpfung zu treffen.

Die mangelnde Informiertheit führte dazu, dass sich hinsichtlich der Antwort des Staates auf die Pandemie in der Gesellschaft eine starke Unzufriedenheit herausbildete. Auf dem Höhepunkt der zweiten Welle (im November 2020) waren 69 Prozent der Befragten der Ansicht, dass der Staat nicht genug für eine Verringerung der Infektionszahlen unternommen habe. Außerdem hielten 77 Prozent es für notwendig, strengere Maßnahmen gegen jene einzuführen, durch deren Verhalten eine Verbreitung des Coronavirus befördert wird.

Radikale Quarantänemaßnahmen (Quarantäne in Bildungseinrichtungen, Schließung von Einzelhandelsobjekten, Ausgangssperren, Grenzsicherungen) waren und sind in der Bevölkerung des Landes weiterhin unpopulär.

Kein Vertrauen in die offiziellen Statistiken

Es gibt eine Vielzahl Faktoren, die darauf hinweisen, dass das Gesundheitsministerium Informationen zurückhält. Laut den offiziellen Statistiken wurde die erste Infektion mit Covid-19 in Belarus am 28. Februar 2020 registriert. Ein Jahr nach Beginn der Pandemie erklärt das Gesundheitsministerium, dass mit Stand vom 23. März 2021 in Belarus 312.474 Personen positiv auf Corona getestet worden seien und die Zahl der Toten 2.175 betrage.

Laut einer SATIO-Umfrage vom 20. März 2021 hatten 21,6 Prozent der Befragten eine bestätigte Covid-19-Diagnose. In absoluten Zahlen wären das zwischen 1.092.000 und 1.381.000 Menschen, also rund das Vierfache der offiziellen Daten. Die Stichprobe von SATIO umfasst allerdings nur die städtische Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren; Jüngere, Ältere und die ländliche Bevölkerung wurden nicht befragt. Das bedeutet, dass die Fallzahlen in Wirklichkeit noch höher sind. Forscher der Initiative *Narodny opros* (<https://narodny-opros.medium.com>) haben festgestellt, dass mit Stand vom 22. Januar 2021 rund fünf Mal mehr Menschen sich mit Covid-19 angesteckt haben als nach Angaben des Gesundheitsministeriums zum gleichen Stichtag.

Der wichtigste Grund, warum die offiziellen Daten als falsch zu betrachten sind, ist jedoch der anomale Anstieg der Sterblichkeit um 18,5 Prozent im zweiten Quartal 2020 (laut offiziellen Angaben der UNO). Darüber hinaus ist vor kurzem eine Studie des Portals *Mediazona-Belarus* erschienen, die die Daten der Minsker Standesämter analysiert und behauptet, dass allein in Minsk die Sterbezahlen im Zusammenhang mit Covid-19 etliche Male höher sind als die offiziellen Daten für ganz Belarus. Es gibt Fragen hinsichtlich der Transparenz der veröffentlichten Zahlen: In den offiziellen Veröffentlichungen wurden mitunter arithmetische Fehler entdeckt, in verschiedenen Quellen erschienen anonyme Erklärungen von Ärzten, dass die Statisti-

ken zu Covid-19 nach unten manipuliert wurden. Das Gesundheitsministerium weigerte sich seit dem 17. April 2020, auf Fragen von Journalisten zu antworten.

Die offizielle Sterbestatistik im Zusammenhang mit Covid-19 unterscheidet sich erheblich von vergleichbaren Daten aus den Nachbarstaaten: Belarus sticht durch einen äußerst niedrigen Anteil der Sterbefälle im Zusammenhang mit dem Coronavirus hervor, nämlich 0,7 Prozent, während Litauen, die Ukraine, Russland und Polen hier zwischen 1,6 und 2,7 Prozent verzeichnen (Stand: Ende März 2021).

Corona und die Mobilisierung der Zivilgesellschaft

Die Politik des Verschweigens während der ersten Corona-Welle bildete die Grundlage, dass sich Gesellschaft zur Selbsthilfe mobilisierte. Der notwendige Kampf gegen das Coronavirus beförderte eine Konsolidierung der Zivilgesellschaft in Belarus, was Auswirkungen auf die Geschlossenheit der Gesellschaft in der politischen Krise hatte.

Nach Beginn der staatlichen Medienkampagne zur Leugnung der Coronakrise im Frühjahr 2020 bekamen die Menschen das Gefühl, dass sie mit dem Problem alleingelassen werden. Das führte zu einer explosionsartigen Zunahme von Selbsthilfeinitiativen wie beispielsweise *#BYCOVID-19* oder *Bring den Ärzten eine Notration*. Über direkte Spenden gelang es der Gesellschaft und den Unternehmen in Belarus, über 2 Millionen US-Dollar Hilfsgelder für das medizinische Personal zu sammeln (Stand: 4. August 2020). Hunderte, ja Tausende Menschen und Dutzende Unternehmen waren an der Freiwilligenarbeit beteiligt, mit der der Kampf gegen das Coronavirus unterstützt wurde. Das letzte Mal, als es angesichts eines Notstandes eine derart sichtbare gesellschaftliche Konsolidierung gegeben hatte, war im März 2013, als das Schneesturmtief Xaver über Belarus zog.

Das tatsächliche Vorgehen des Gesundheitsministeriums wird zwiespältig beurteilt. Einerseits ist zu Beginn der Pandemie die Versorgung mit Krankenhausbetten nicht schlecht gewesen: Es gab 8,4 Betten pro 1.000 Einwohner (zum Vergleich: in Russland waren es 8,0, in Großbritannien 2,5 und in Belgien 5,6). Zudem wurden die großen städtischen Krankenhäuser und Spitäler umorganisiert, planbare medizinische Behandlungen wurden ausgesetzt, um Ärzte für den Kampf gegen Corona abstellen zu können. Dabei war während der ersten Corona-Welle die Versorgung der Krankenhäuser (insbesondere der kleineren und regionalen) mit individueller Schutzausrüstung, Beatmungsgeräten und Tests dermaßen unzureichend, dass sich zur Deckung des Bedarfs der Ärzte Freiwilligeninitiativen wie *#BYCOVID* einschalten mussten.

Es gibt aber auch positive Einschätzungen: Experten haben hervor, dass in Belarus Corona-Erkrankungen auf die richtige Art und Weise behandelt würden, wobei die Behandlungs- und Diagnoserichtlinien unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen ständig aktualisiert würden. In der zweiten Welle ging das Gesundheitsministerium hinsichtlich der Versorgung viel besser vor: Es waren Vorräte für einen Monat angelegt worden, es gab keine massenhaften Meldungen über fehlende Schutzausrüstungen mehr. Gleichzeitig reichten die »Umschlagskapazitäten« des Systems nicht aus: Bei der ersten und der zweiten Welle arbeiteten die Ärzte bis zum Anschlag. Zur Unterstützung wurden Studenten der medizinischen Hochschulen mobilisiert.

Leider ist es wegen der mangelnden Transparenz des Gesundheitsministeriums schwierig, objektiv einzuschätzen, ob dort gut auf die Pandemie reagieren konnte. Allem Anschein jedoch ist es durch die Reorganisation der Krankenhäuser und Ärzte sowie die erhöhte Bettenreserve gelungen, eine schlimmere Entwicklung der Lage zu verhindern.

Solidaritätsfonds haben die logistischen Lächer während der ersten Corona-Welle gestopft. Wegen der mangelnden Transparenz der Daten des Gesundheitsministeriums ist es nur sehr schwierig, den Beitrag von Bürgerinitiativen bei der Unterstützung des medizinischen Personals mit dem des Staates in ein Verhältnis zu setzen. Allerdings hatte die umfangreiche Berichterstattung über #BYCOVID19 und andere Bürgerinitiativen sowie die unredliche Kommunikationspolitik des Staates einen interessanten Effekt auf die öffentlichen Meinung: Diejenigen, die von den Hilfsinitiativen wussten schätzten die Rolle des Staates bei der Unterstützung des medizinischen Personals während der ersten Welle äußerst gering ein: Ende November 2020 waren 11 Prozent der Ansicht, dass der Staat in einem größeren Maße half, mit der Lage zurechtzukommen, 54 Prozent meinten, es waren die Bürgerinitiativen. Auch wenn das nicht der Wirklichkeit entspricht (die Unterstützung des Staates war größer, die Berichterstattung darüber aber schlechter), entstand bei den Menschen der Eindruck, dass der Staat die Mediziner und Patienten in der Pandemie im Stich gelassen hat und Hilfe nur durch Aktivisten erfolgte.

Ein weiterer Katalysatoreffekt für die Unzufriedenheit in breiten Bevölkerungsschichten ist auf den insgesamt herablassenden Ton von Vertretern des Staates in Bezug auf die Erkrankten und Verstorbenen zurückzuführen. Im April 2020 hatte Aljaksandr Lukaschenka abgestritten, dass im Land Menschen durch das Coronavirus gestorben sind, indem er die Todesfälle mit einem »Strauß chronischer Erkrankungen« erklärte. Zudem empfahl er Traktorfahren und Eishockeyspielen als Maßnahme.

Früher hatte das Regime in Belarus in der politischen Auseinandersetzung versucht Protestgruppen zu marginalisieren, wobei es sich mit der »Bevölkerungsmehrheit« verband. Diese wurde für ihre Nichtbeteiligung an der Politik dadurch belohnt, dass das Regime sich um sie »kümmert«. Das Beispiellose der Corona-Krise bestand darin, dass es gerade jene Gruppen »einfacher Leute« waren, die nicht in politische Dinge involviert sind und für die der Staat seine Fürsorge verkündet hatte, die nun von der Pandemie getroffen wurden. Die Kollision der Erwartungen dieses Teils der Gesellschaft mit der verächtlichen Haltung des Staates führte zu einer tiefen Unzufriedenheit und erzeugte den Wunsch nach einem respektvollen und gebührenden Verhalten des Regimes ihnen gegenüber. Auf diesem Wunsch ritten die Politiker der neuen Welle, die mit der Losung für das Präsidentenamt kandidierten, dass den Menschen ihre Würde zurückgegeben werden müsse, und dass wir »kein Völkchen, sondern das Volk« seien. Einer von ihnen, Wiktar Babaryka, ist der populärste Politiker in Belarus, selbst nach 9 Monaten Gefängnishaft. Das Engagement, mit dem die belarusische Gesellschaft in den Initiativen aktiv wurde, um den Wahlkampf von Politikern der neuen Welle zu unterstützen (wie auch später für den des Vereinigten Wahlkampfstabs von Swjatlana Zichanouskaja), erscheint über das Jahr betrachtet als direkte und logische Folge der Aktivität zur Selbsthilfe während der ersten Corona-Welle.

Corona und sozial benachteiligte Gruppen

Vor dem Hintergrund, dass die Anstrengungen vor allem dem Kampf gegen Covid-19 galten, wurde den sozial benachteiligten Gruppen nicht die nötige Aufmerksamkeit gewidmet, nämlich den Älteren, Menschen mit Behinderungen usw.

Es ist zwar immer noch nicht eindeutig festzustellen, welche Bevölkerungsgruppen aus epidemiologischer Sicht am verwundbarsten sind, doch gibt es Menschen, die aufgrund ihrer sozialen und demographischen Lage oder des Gesundheitszustands einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind: Menschen fortgeschritteneren Alters, Strafgefangene, Obdachlose, Betreute in Alters- und Behindertenheimen, Alleinstehende, Schwangere, Patienten mit chronischen Erkrankungen, Bewohner von Hospizen usw. Diese Bevölkerungsgruppen bekommen in Belarus zweifelsohne die Folgen der Pandemie zu spüren, etwa durch den erschwerten Zugang zu medizinischen Leistungen aufgrund der Aussetzung der planbaren medizinischen Maßnahmen und der Umstrukturierung der medizinischen Einrichtungen, und zwar in erheblich höherem Maße als andere Bevölkerungsgruppen. Die Probleme dieser Menschen beschränken sich nicht allein auf die genannten Faktoren, und sie können ganz unerwartete Formen annehmen. So wird von

Problemen berichtet, den Status eines Menschen mit Behinderung zu erlangen, wenn jemand früher nicht diesen Status hatte: Oft fehlen hierzu die entsprechenden Fachleute. Auch haben sich Probleme verschärft, die schon vor der Corona-Pandemie bestanden, etwa, dass die Menschen in andere Ortschaften fahren müssen, um sich von einer medizinischen Kommission begutachten zu lassen. Non-Profit-Organisationen, die Menschen mit Behinderungen unterstützen, begannen ebenfalls, von Problemen bei ihrer Arbeit zu berichten. Hierfür gab es zwei Hauptgründe: Viele Mitglieder dieser Organisationen sind Teil der Risikogruppe, weswegen sie stärker bemüht waren, in Selbstisolation zu sein, geplante Maßnahmen abzusagen, um das Ansteckungsrisiko zu verringern. Und es fehlte der physische Zugang zu Einrichtungen, in denen für Menschen mit Behinderungen früher Hilfestellung und Beratung angeboten wurden. Insgesamt wird die Lage vulnerabler Gruppen dadurch verschlimmert, dass diese Menschen meist nicht in der Lage sind, mit der Pandemie eigenständig zurechtzukommen und ihre geringe Sichtbarkeit die Wahrscheinlichkeit verringert, dass sie von der Zivilgesellschaft spezifische Unterstützung erhalten. Diese Menschen sind außerhalb des Wahrnehmungshorizonts geblieben und haben vom Staat keine hinreichende Hilfe erfahren.

Corona und das Bildungswesen

Der Bildungsbereich verdient hier eine gesonderte Betrachtung. In der ersten Welle gab es Versuche, Student_innen und Schüler_innen zu Fernunterricht oder Homeschooling wechseln zu lassen, was in der Gesellschaft auf Unterstützung stieß. Allerdings führten das Fehlen eines systematischen Ansatzes und eine Reihe widersprüchlicher Entscheidungen dazu, dass diese Anstrengungen nur minimal erfolgreich waren. Ein Beispiel war die Entscheidung, Tests und andere Kontrollen nicht im Fernunterrichtsmodus abzuhalten. Es bleibt rätselhaft, warum Tests und Prüfungen unbedingt im Gebäude der Schule oder Hochschule stattfinden sollten, bedenkt man, dass es im Land bereits Erfahrungen mit Fernunterricht gab. Doch blieb selbst diese Erfahrung erfolglos: In dem halben Jahr nach Beginn der Pandemie ist es dem Bildungssystem nicht gelungen, einen konsequenten Ansatz für den Fernunterricht zu entwickeln. Es kam der Punkt, an dem die Politik des Bildungsministeriums derart inkonsequent wurde, dass sie dem Übergang zu Fernunterricht im Wege stand. So gab es technologisch keine einheitlichen Plattformen zur Organisation des Unterrichts, dafür jedoch ein direktes Verbot der Nutzung von Servern, die sich außerhalb von Belarus befinden. Der Umstand, dass es nach einem Jahr Pandemie keinerlei Änderungen gegeben hat, illustriert drastisch die mangelnde Flexibilität des Systems. Im Großen und Ganzen zog man es im Bildungsminis-

terium vor so zu tun, als ob nichts geschehen sei. Das Schuljahr begann, als ob es kein Coronavirus gäbe, also vollkommen »offline«.

Ohne Vertrauen in die staatlichen Strukturen kein Vertrauen in die Impfstoffe

Belarus könnte das Corona-Problem mit einer Impfkampagne lösen. Das Land hat alle Voraussetzungen, um Zugang zu unterschiedlichen Impfstoffen zu erhalten, unter anderem zu *Sputnik V*. Allem Anschein wurde vor allem auf diesen Impfstoff gesetzt. So verkündete Gesundheitsminister Dsmityj Pinewitsch Pläne, bis zum Herbst 2021 vier Millionen Bürger_innen mit *Sputnik V* impfen zu lassen, der in einer belarusischen Fabrik hergestellt werden würde. Leider erscheinen diese Pläne nur schwer umsetzbar, nicht zuletzt aufgrund des Umstandes, dass der belarusische Staat während der bisherigen Wellen nur schlecht in Richtung Gesellschaft kommuniziert hatte. Das Misstrauen gegenüber den offiziellen Corona-Statistiken hat die Impfbereitschaft der Bevölkerung sinken lassen.

So waren laut einer SATIO-Umfrage aus der dritten Märzwoche 2021 lediglich 37 Prozent der städtischen Bevölkerung bereit, sich gegen Corona impfen zu lassen. Das ist der niedrigste Wert in Europa und im Vergleich mit den Nachbarländern. Für die Befragten bestanden die Hauptbedenken gegen eine Impfung in der Angst vor Nebenwirkungen und einem Misstrauen gegenüber dem Impfstoff, wobei die Befragten eine Verbindung zwischen verschwiegenen Informationen über Nebenwirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs und der »offenen Lüge über die Anzahl der Toten« herstellen. Als eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Impfung nennen die Belarus_innen die Möglichkeit, unter den Impfstoffen wählen zu können, wobei gewünscht wurde, dass ein Impfstoff verfügbar sei, dem die Menschen vertrauten. Den Belarus_innen stehen derzeit drei Impfstoffe zur Verfügung: *Sputnik V* aus russischer Produktion, ein chinesischer von *Sinopharm* und *Sputnik V* aus belarusischer Produktion. Während die Vertrauenswerte für *Sputnik V* aus russischer Produktion insgesamt nicht schlecht sind, stoßen der belarusische *Sputnik V* und der chinesische Impfstoff von *Sinopharm* bei den Belarus_innen auf starkes Misstrauen. Selbst jene, die sich für eine Impfung gegen Corona bereit zeigen, wollen sie lieber nicht mit einem Impfstoff aus belarusischer Produktion vornehmen lassen. Diese Haltung erscheint als logische Folge der Kommunikationspolitik des belarusischen Staates zur Corona-Pandemie.

Fazit

Die Pandemie hat in Belarus eine Vielzahl Probleme des staatlichen Systems offengelegt: In erster Linie sind das die fehlende Flexibilität gegenüber neuen Problemen,

die mangelnde Achtung vor dem menschlichen Leben, die Lügen und der Unwillen, sich im modus operandi zu wandeln. Das gilt nicht nur für das Gesundheitssystem, sondern auch für andere Institutionen des Staates. Dieses Modell der Beziehungen zur Gesellschaft ist im Laufe vieler Jahre entstanden und in der UdSSR verwurzelt. In der Gesellschaft ist seit Langem der Wunsch nach einem Systemwandel gereift, doch aus einer Reihe unterschiedlicher Gründe mündete dieser Wunsch nicht in politisches Handeln. Die Corona-Krise wurde dann zum Strohalm (oder besser gesagt: Rüstung), der den Rücken des Kamels brechen ließ, also hinsichtlich der belarusischen Geduld der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Am interessantesten ist, dass das Problem ursprünglich im Bereich der Kommunikation

angesiedelt war: Wenn das Regime so gehandelt hätte, wie es gehandelt hat, dabei jedoch mit den Bürgern offener und respektvoller gesprochen hätte, wären wir wohl kaum Zeuge einer derart massenhaften politischen Aktivierung geworden, wie sie 2020 in Belarus erfolgt ist. Einem offenen, ehrlichen und respektvollen Dialog des belarusischen Staates mit der Gesellschaft steht jedoch dessen eigener Aufbau im Wege. Falls die Eliten, die derzeit die politischen Entscheidungen treffen, eine Beibehaltung des Systems und der eigenen Stellung in ihm wollen, müssen sie damit beginnen, die Struktur des Systems zu ändern.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Filipp Bikanow ist ein belarusischer Soziologe und Meinungsforscher. Seit Beginn der Covid-19-Pandemie in Belarus leitet er eine Reihe von Projekten zur Wahrnehmung von Covid-19 in der Gesellschaft und zu den Auswirkungen der Pandemie auf das Leben der Belarus_innen.

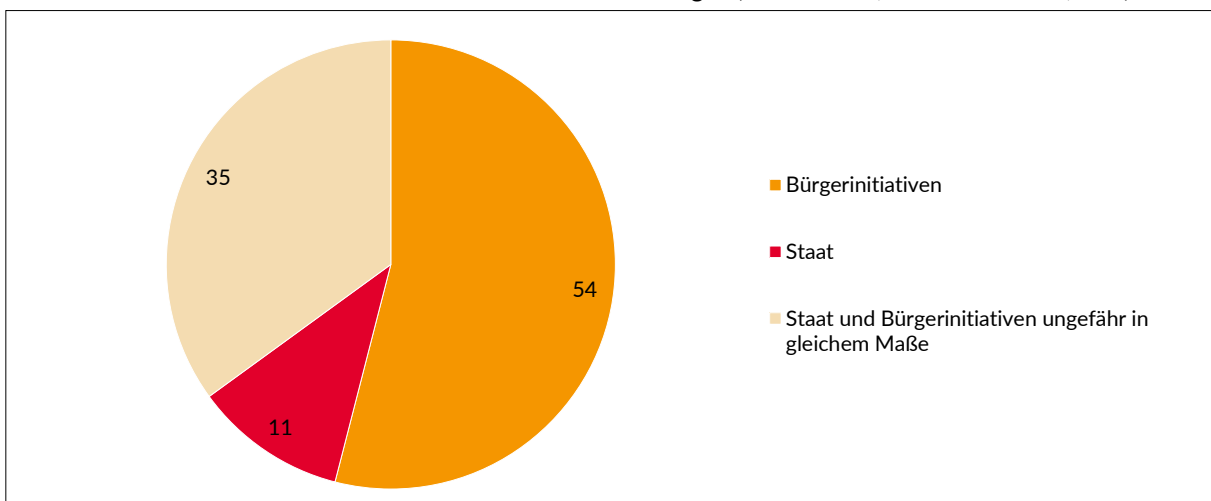
Bibliographie

The impact of the Covid-19 pandemic on socio-economic processes in Belarus, SATIO / Friedrich-Ebert-Stiftung, December 2020; <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/ukraine/17813.pdf>

UMFRAGEN

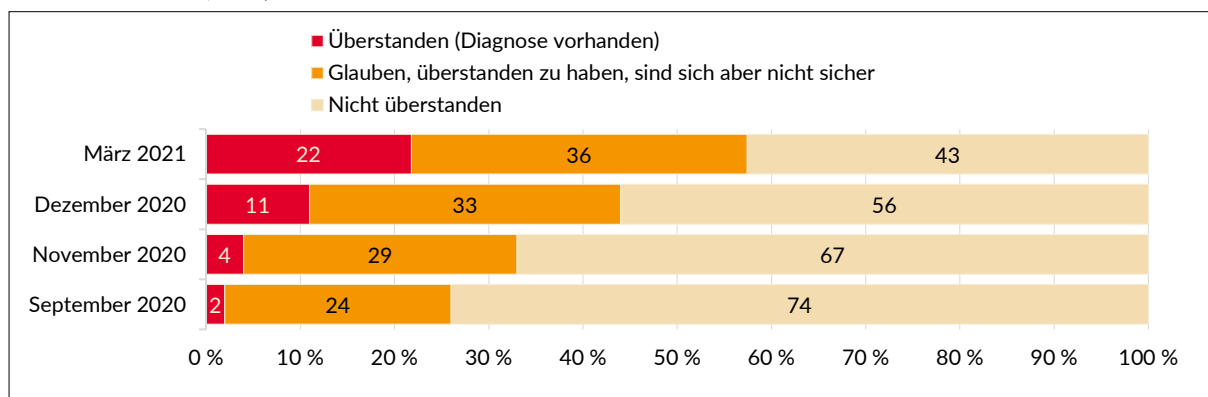
Covid-19 in Belarus in Umfragen

Grafik 1: Am meisten wurde dem Gesundheitspersonal durch ... geholfen, den Mangel an Geräten und PSA während der ersten Welle des Covid-19 zu bewältigen (SATIO / FES, November 2020; in %)



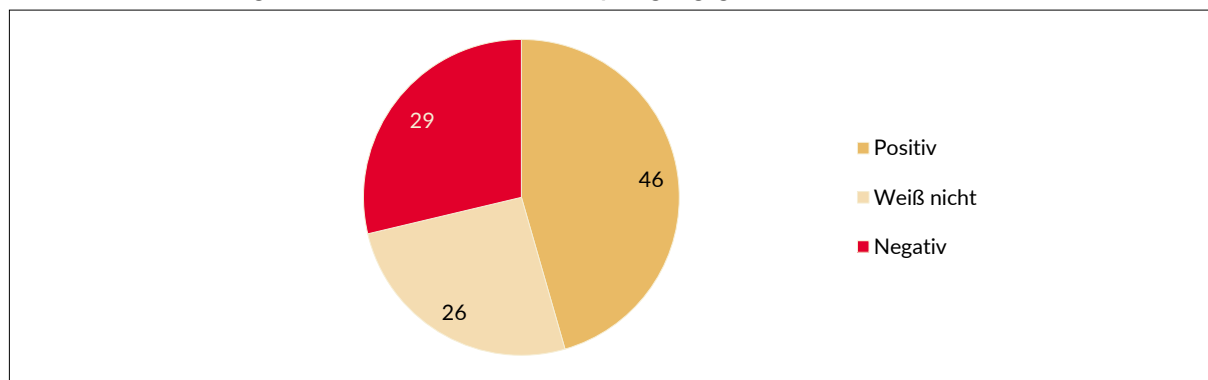
Quelle: Wlijanie pandemii Covid-19 na ekonomitscheskije i sozialnye procesy w Belarusi, SATIO / FES, Dezember 2020, Seite 36; <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/ukraine/17386.pdf>

Grafik 2: Anteil der Belarus_innen, die behaupten, Covid-19 überstanden zu haben (SATIO / BEROC, März 2021; in %)



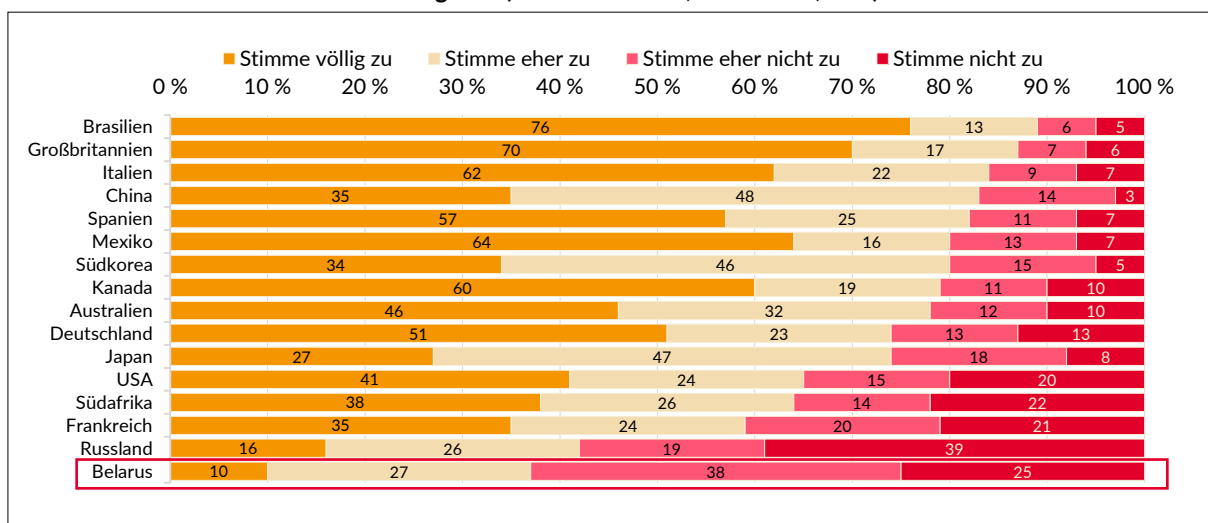
Quelle: Wosprijatije situazii s Covid-19 i odnoschenije k wakzinam, SATIO / BEROC, März 2021, Seite 5; <http://www.beroc.by/upload/iblock/0c6/0c6ecc42b56d7f5eeb9b0de8facec0a4.pdf>

Grafik 3: Einstellung der Belarus_innen zu Massenimpfungen gegen Covid-19 (SATIO / BEROC, März 2021; in %)



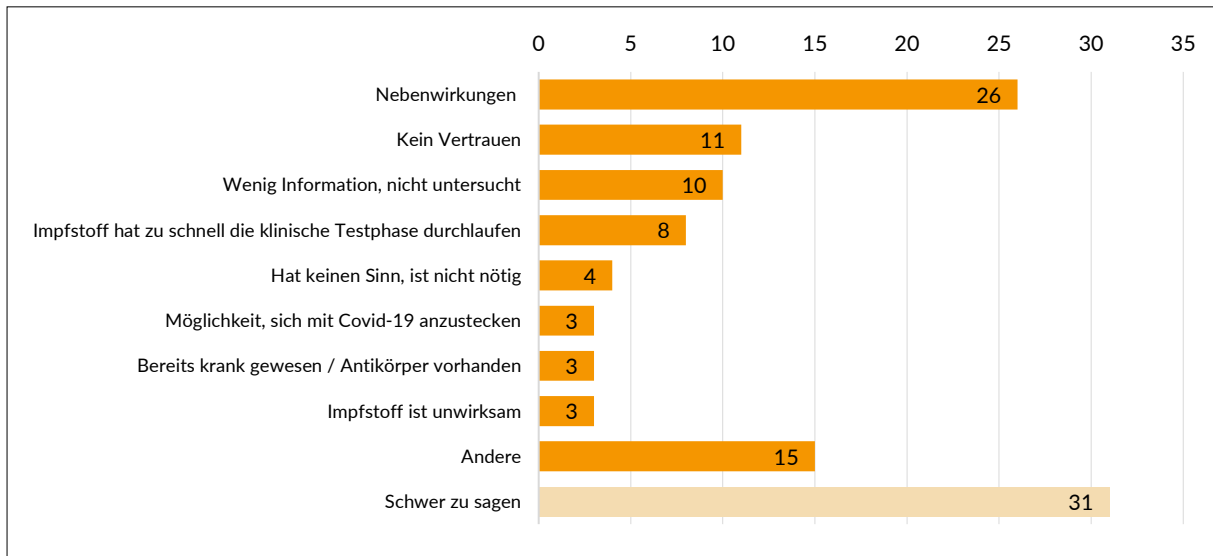
Quelle: Wosprijatije situazii s Covid-19 i odnoschenije k wakzinam, SATIO / BEROC, März 2021, Seite 21; <http://www.beroc.by/upload/iblock/0c6/0c6ecc42b56d7f5eeb9b0de8facec0a4.pdf>

Grafik 4: Zustimmung: »Ich würde mich gegen Covid-19 impfen lassen, wenn ein Impfstoff verfügbar wäre.« Belarus im weltweiten Vergleich (SATIO / BEROC, März 2021; in %)*

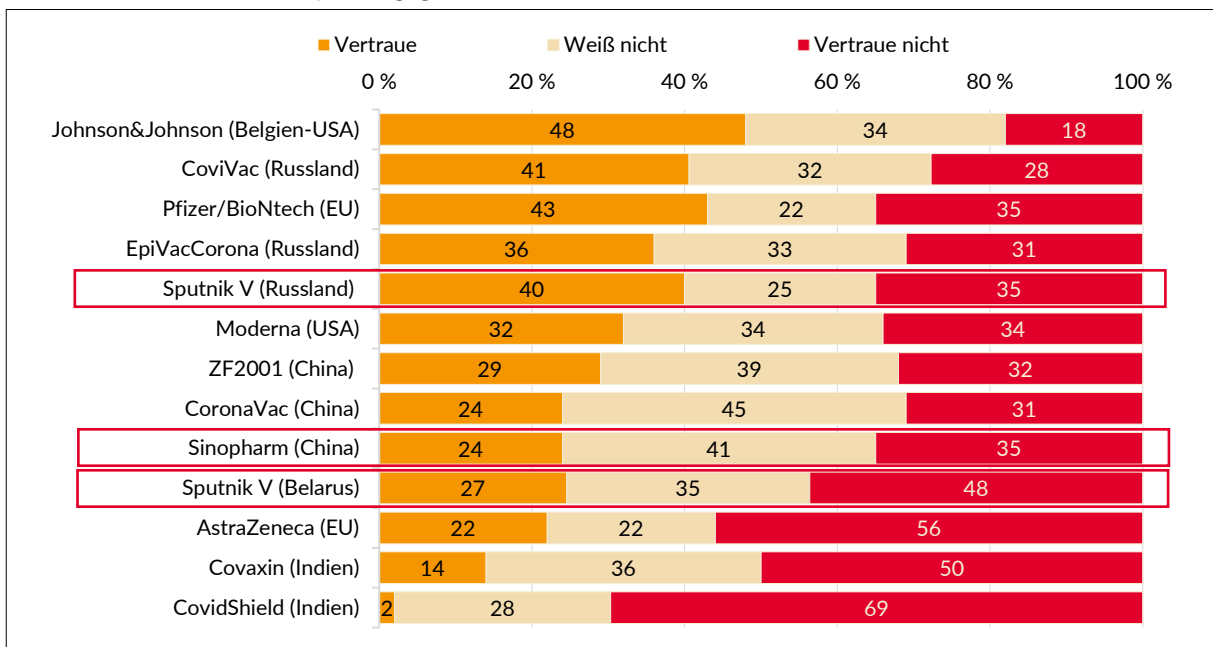


* Befragte, die bereits gegen Covid-19 geimpft wurden, ausgenommen

Quelle: Wosprijatije situazii s Covid-19 i odnoschenije k wakzinam, SATIO / BEROC, März 2021, Seite 23; <http://www.beroc.by/upload/iblock/0c6/0c6ecc42b56d7f5eeb9b0de8facec0a4.pdf>

Grafik 5: Grund sich nicht gegen Covid-19 impfen zu lassen (SATIO / BEROC, März 2021; in %; offene Frage)

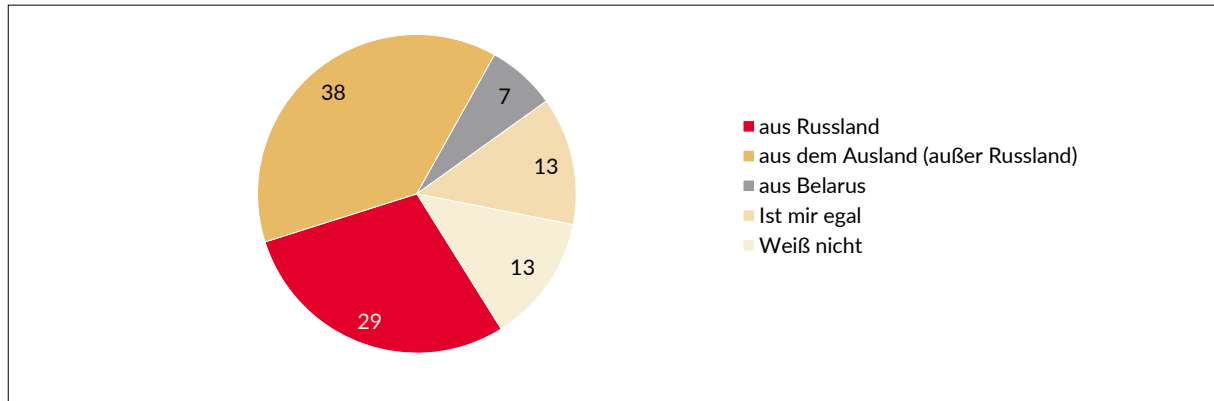
Quelle: Wosprijatije situazii s Covid-19 i odnoschenije k wakzinam, SATIO / BEROC, März 2021, Seite 24; <http://www.beroc.by/upload/iblock/0c6/0c6ecc42b56d7f5eeb9b0de8facec0a4.pdf>

Grafik 6: Vertrauen in Impfstoff gegen Covid-19 (SATIO / BEROC, März 2021; in %)

rot umrandet: In Belarus verfügbare Impfstoffe

Quelle: Wosprijatije situazii s Covid-19 i odnoschenije k wakzinam, SATIO / BEROC, März 2021, Seite 31; <http://www.beroc.by/upload/iblock/0c6/0c6ecc42b56d7f5eeb9b0de8facec0a4.pdf>

Grafik 7: Welchen Impfstoff gegen Covid-19 würden Sie gerne nehmen, wenn alle verfügbar wären? (SATIO / BEROC, März 2021; in %) *



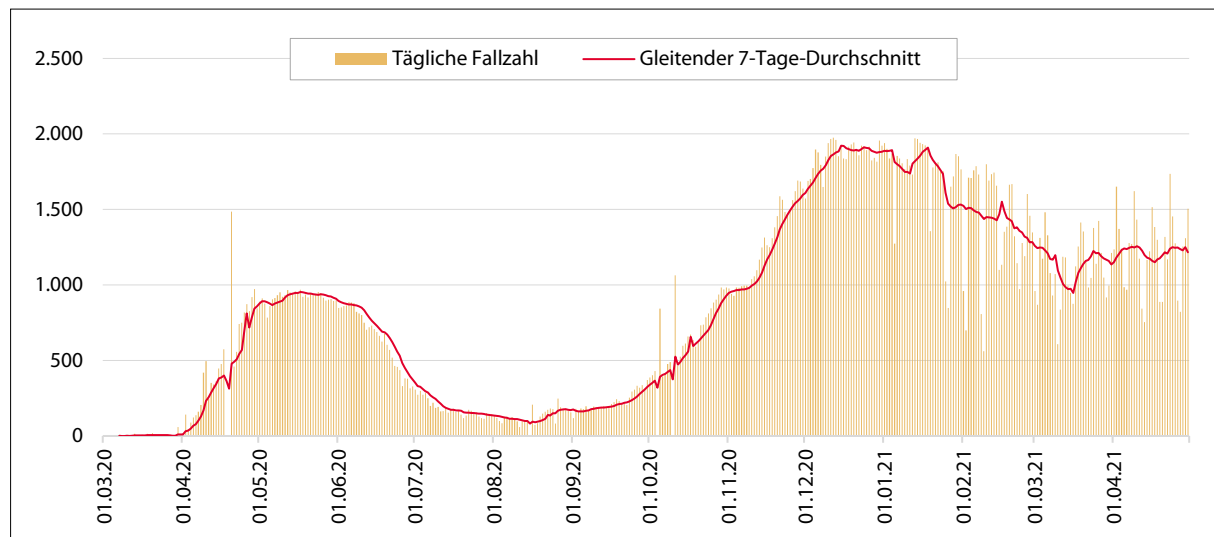
* Jene ausgenommen, die nicht bereit sind, sich impfen zu lassen

Quelle: Wosprijatije situazii s Covid-19 i odnoschenije k wakzinam, SATIO / BEROC, März 2021, Seite 34; <http://www.beroc.by/upload/iblock/0c6/0c6ecc42b56d7f5eeb9b0de8facec0a4.pdf>

STATISTIK

Covid-19 in Belarus, Stand 30. April 2021

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in Belarus (tägliche Fallzahlen, 1. März 2020 – 30. April 2021)



Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 30.04.2020, 23:20 Uhr MESZ, <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

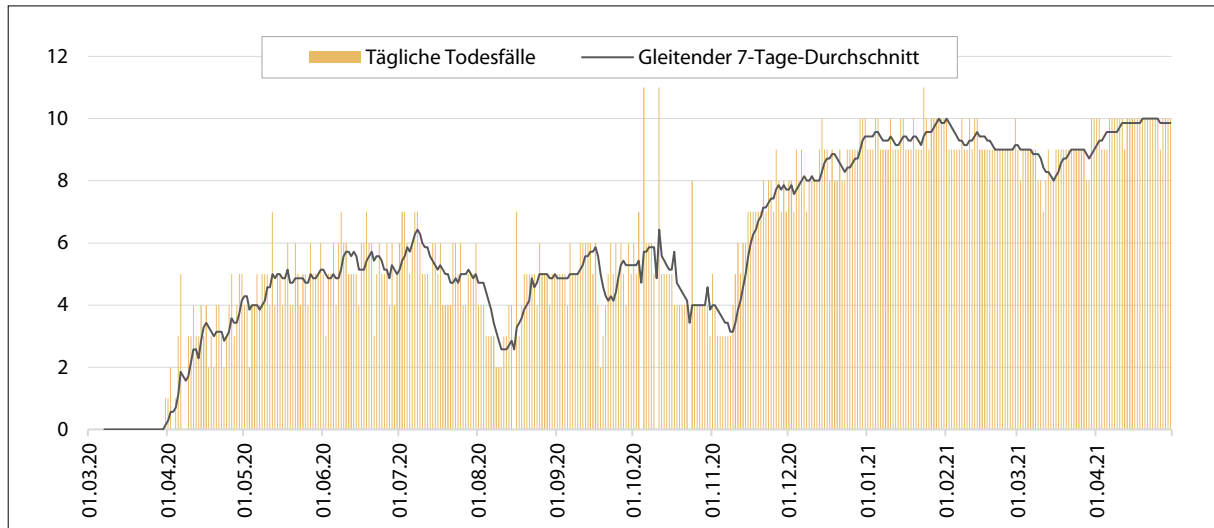
Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Belarus (Fälle insgesamt, 06. – 30. April 2021)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
06.04.21	329.258	968	19.04.21	345.110	887
07.04.21	330.536	1.278	20.04.21	345.998	888
08.04.21	331.808	1.272	21.04.21	347.316	1.318
09.04.21	333.430	1.622	22.04.21	348.486	1.170
10.04.21	334.863	1.433	23.04.21	350.221	1.735
11.04.21	336.038	1.175	24.04.21	351.674	1.453
12.04.21	336.881	843	25.04.21	352.950	1.276
13.04.21	337.635	754	26.04.21	353.846	896
14.04.21	338.801	1.166	27.04.21	354.669	823
15.04.21	340.023	1.222	28.04.21	355.924	1.255
16.04.21	341.539	1.516	29.04.21	357.233	1.309
17.04.21	342.923	1.384	30.04.21	358.738	1.505
18.04.21	344.223	1.300			

Für die Zahlen vom 01.03.2020.–05.04.2021 siehe Belarus-Analysen Nr. 48, Nr. 50 und Nr. 53–54.

Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 30.04.2020, 23:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Graphik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Belarus (tägliche Todesfälle, 1. März 2020 – 30. April 2021)

Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 30.04.2020, 23:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Belarus (06. – 30. April 2021)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
06.04.21	2.304	10	19.04.21	2.433	10
07.04.21	2.314	10	20.04.21	2.443	10
08.04.21	2.324	10	21.04.21	2.453	10
09.04.21	2.334	10	22.04.21	2.463	10
10.04.21	2.344	10	23.04.21	2.473	10
11.04.21	2.354	10	24.04.21	2.483	10
12.04.21	2.363	9	25.04.21	2.493	10
13.04.21	2.373	10	26.04.21	2.502	9
14.04.21	2.383	10	27.04.21	2.512	10
15.04.21	2.393	10	28.04.21	2.522	10
16.04.21	2.403	10	29.04.21	2.532	10
17.04.21	2.413	10	30.04.21	2.542	10
18.04.21	2.423	10			

Für die Zahlen vom 01.03.2020.–05.04.2021 siehe Belarus-Analysen Nr. 48, Nr. 50 und Nr. 53–54.

Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 30.04.2021, 23:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 27. März – 29. April 2021

30.03.2021	Aljaksandr Wajtowitsch, leitender Forscher am Institut für Physik der Nationalen Akademie der Wissenschaften, erklärt, in Belarus gebe es heute keine Möglichkeit, einen eigenen Impfstoff gegen das Coronavirus zu entwickeln – es fehlten hierzu die Technologien, das Personal und das Geld .
01.04.2021	Aljaksandr Lukaschenka unterzeichnet ein Dekret über die Schaffung eines inländischen Impfstoffs gegen die Coronavirus-Infektion.
14.04.2021	Das belarusische Gesundheitsministerium genehmigt den Impfstoff »Sputnik V« (Gam-Covid Vak), der im belarusischen Unternehmen »Belmedpreparaty« abgefüllt wird. Das Gesundheitsministerium erwartet, dass monatlich bis zu 500.000 Dosen des Impfstoffs in Belarus produziert werden.
20.04.2021	Das Länderbüro der Weltgesundheitsorganisation in Belarus stellt dem »Republikzentrum für die Organisation der medizinischen Reaktionen« eine humanitäre Hilfslieferung im Wert von 850.000 US-Dollar zur Diagnose von Covid-19 und zur Hilfe für Covid-19-Patient_innen zur Verfügung.

Die Chronik wurde zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichtenportale naviny.by, tut.by und weiteren sowie des Gesundheitsministeriums von Belarus.

CHRONIK

1. – 31. März 2021

02.03.2021	In Minsk finden Massenverhaftungen von Administrator_innen und Teilnehmer_innen regionaler und spezialisierter <i>Telegram</i> -Chats statt.
02.03.2021	Die USA »verurteilen die politisch motivierten Urteile [...] gegen die Journalistin Kazjaryna Barysewitsch und den Arzt Arzjom Sarokin wegen ihrer Rolle bei der Aufdeckung der Wahrheit über den Tod von Raman Bandarenka während des Polizeigewahrsams«. Barysewitsch und Sarokin sind am 2. März jeweils zu 6 Monaten bzw. 2 Jahren Haft verurteilt worden.
03.03.2021	Das litauische Außenministerium kommentiert Meldungen, dass das Strafermittlungs Komitee von Belarus beabsichtige, die Auslieferung von Swjatlana Zichanouskaja zu beantragen, die mit ihren Kindern unter dem Schutz des litauischen Staates in Vilnius lebt. »Litauen liefert keine Personen aus, die politischer Verfolgung ausgesetzt sind«, heißt es in der Erklärung.
03.03.2021	Das Urteil gegen Kazjaryna Barysewitsch, eine Journalistin des Portals tut.by, sei ein weiterer Schlag gegen die Medienfreiheit in Belarus, erklärt die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Teresa Ribeiro.
03.03.2021	Die für Anwälte zuständige Qualifikationskommission des Justizministeriums von Belarus beginnt, Anwälte zur Zertifizierung zu vorzuladen, die bei politisch motivierten Verfahren offen ihr Engagement und ihre Haltung gezeigt hatten.
03.03.2021	Die Journalistin des Portals tut.by Kazjaryna Barysewitsch und der Arzt Arzjom Sarokin seien am 2. März zu Haftstrafen verurteilt worden, weil sie »die wahre Ursache des Todes von Raman Bandarenka aufgedeckt haben«, erklärt der leitende Sprecher des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Peter Stano.
03.03.2021	Während eines Besuchs in Finnland trifft sich Swjatlana Zichanouskaja mit Außenminister Pekka Haavisto, Präsident Sauli Niinistö, Ministerpräsidentin Sanna Marin, dem emeritierten Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Ilkka Kanerva, der ehemaligen Präsidentin Tarja Halonen sowie mit Vertreter_innen des finnischen Parlaments. »Die Vertreter_innen von Finnland haben erklärt, dass sie das vierte Paket von EU-Sanktionen und eine Vermittlung der OSZE bei der Lösung der politischen Krise in Belarus unterstützen, den unabhängigen Medien- und Menschenrechtsaktivist_innen helfen und die Zusammenarbeit mit Unternehmen überdenken werden, die das Lukaschenka-Regime unterstützen«, gab der Pressedienst von Zichanouskaja bekannt.
04.03.2021	Belarus verschlechterte sich in der Rangliste »Freiheit in der Welt 2021« von <i>Freedom House</i> . Das Freiheitsniveau in Belarus wird dort mit 11 von 100 Punkten bewertet (2020 waren es 19 von 100), bei den politischen Rechten sind es 2 von 40 Punkten, bei den Bürgerrechten 9 von 60 Punkten.
06.03.2021	Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Swjatlana Zichanouskaja trifft sich in Lissabon mit Premierminister António Costa, Außenminister Augusto Santos Silva und anderen portugiesischen Politiker_innen. Zichanouskaja fordert Portugal als EU-Land mit dem Ratsvorsitz auf, die Lösung der Krise in Belarus zu einer seiner Prioritäten zu machen.
08.03.2021	Seit August 2020 seien mehr als 2.500 Strafverfahren im Zusammenhang mit den Protesten eingeleitet worden, erklärt der stellvertretende Innenminister von Belarus, Henads Kasakewitsch.
09.03.2021	Der deutsche Außenminister Heiko Maas bezeichnet in einer Videobotschaft anlässlich des internationalen Frauentags die belarusischen Frauen als Verbündete und Partnerinnen beim Einsatz für Menschenrechte und Demokratie.
09.03.2021	Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Swjatlana Zichanouskaja äußert ihre Hoffnung auf eine größere Unterstützung seitens der Vereinten Nationen, um Aljaksandr Lukaschenka zu Verhandlungen zu zwingen.
09.03.2021	Mehr als 50 Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützten das Menschenrechtszentrum »Wjasna«. Am 5. März war bekannt geworden, dass gegen das Zentrum ein Strafverfahren wegen der Organisation und aktiven Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktionen, die die öffentliche Ordnung grob verletzen, eröffnet wurde.
09.03.2021	Das belarusische Außenministerium fordert den Konsul des polnischen Generalkonsulats in Brest, Jerzy Timofejuk, auf, das Land zu verlassen. Grund dafür sei die Teilnahme des Konsuls an einer Veranstaltung am 28. Februar 2021 in Brest zum »Tag der verstoßenen Soldaten« (alljährlich am 1. März wird in Polen der Kämpfer gedacht, die Ende des Zweiten Weltkriegs und auch danach gegen die Kommunisten und für eine Unabhängigkeit kämpften). An der Veranstaltung waren Vertreter_innen von Jugend- und Nichtregierungsorganisationen mit Bezug auf Polen beteiligt. Das belarusische Außenministerium erklärte, eine »Verherrlichung von Kriegsverbrechen und eine zynische Rechtfertigung des Völkermords am belarusischen Volk« seien nicht hinnehmbar.

09.– 10.03.2021	Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Swjatlana Zichanouskaja hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Bern auf. Der Präsident des schweizerischen Nationalrates, Andreas Aebi, fordert nach einem Treffen mit Zichanouskaja die belarusischen Behörden auf, die Inhaftierten freizulassen. Zichanouskaja fordert die Schweiz auf, die Geldwäsche durch belarusische Beamte zu bekämpfen.
10.03.2021	Der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums, Oleg Nikolenko, bezeichnet die Erklärung des Vorsitzenden des Staatssicherheitskomitees (KGB) von Belarus, Iwan Tertel, vom 9. März über umfangreiche Lieferung von Waffen aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet zur Destabilisierung der Lage im Land als »völligen Unsinn«.
10.03.2021	Ein Diplomat der belarusischen Botschaft in Warschau wird von Polen zur persona non grata erklärt. Dies wird als Reaktion auf die Erklärung des belarusischen Außenministeriums vom 9. März betrachtet.
11.03.2021	Das belarusische Außenministerium übergibt dem Geschäftsträger von Polen, Martin Wojciechowski, eine Protestnote, in der der Leiter und Konsul des polnischen Generalkonsulats in Hrodna aufgefordert wird, das Land innerhalb von 48 Stunden zu verlassen.
17.03.2021	Swjatlana Zichanouskaja spricht bei einer Online-Anhörung im Ausschuss für auswärtige Beziehungen des US-Repräsentantenhauses. Die Unterstützung des belarusischen Volkes sollte über drei Säulen erfolgen: Druck auf das Regime, Unterstützung der Zivilgesellschaft und über die Justiz, so Zichanouskaja. Sie ist der Ansicht, dass Änderungen der belarusischen Verfassung parallel zu den neuen Präsidentschaftswahlen oder unmittelbar danach durchgeführt werden sollten – nicht aber davor.
18.03.2021	Swjatlana Zichanouskaja kündigt den Beginn einer Abstimmung über die Organisation von Verhandlungen mit Regierungsbeamten von Belarus unter internationaler Vermittlung auf der online Plattform »Holas« (dt.: »Stimme«) an. Über 100.000 Menschen haben die Initiative in der ersten Stunde unterstützt. Als die Zahl am nächsten Tag auf 450.000 steigt, wird die Plattform von belarusischen Behörden blockiert.
18.03.2021	Die USA begrüßen die Initiative von Swjatlana Zichanouskaja, für Verhandlungen mit dem Regime von Lukaschenka unter internationaler Vermittlung abstimmen zu lassen. Am folgenden Tag erklärt auch die EU ihre Unterstützung für die Initiative.
19.03.2021	Das dänische Außenministerium verkündet seine Entscheidung, die Bezeichnung »Belarus« anstelle von »Hviderusland« zu verwenden.
20.03.2021	Die Vereinten Nationen (u. a. die Sonderberichterstatterin über die Lage der Menschenrechtsverteidiger_innen, Mary Lawlor) äußern sich besorgt über die zunehmenden Repressionen gegen Menschenrechtsverteidiger_innen in Belarus.
22.03.2021	Die OSZE und ihre Parlamentarische Versammlung (PV) seien weiterhin bereit, auf einen Dialog zwischen den belarusischen Behörden und der Opposition hinzuwirken, erklärt Peter Lord Bowness, Präsident der PV der OSZE.
22.03.2021	In Belarus seien spontane friedliche Demonstrationen oder Gegendemonstrationen de facto verboten, und gewaltfreie Demonstrationen würden kriminalisiert, heißt es in einem Bericht der Venedig-Kommission des Europarates.
23.03.2021	Deutschland unterstützt die von der Führerin der belarusischen demokratischen Opposition, Swjatlana Zichanouskaja, eingeleitete Online-Abstimmung über Verhandlungen mit Behörden unter Vermittlung durch die OSZE. Bis 17 Uhr am 23. März hatten 711.500 Bürger_innen an der Abstimmung auf der Holas-Plattform teilgenommen; 703.600 stimmten für die Verhandlungen.
24.03.2021	Eine internationale Plattform für Verantwortung in Belarus (»International Accountability Platform for Belarus«) nimmt ihre Arbeit mit dem Ziel auf, die für Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen in Belarus vor Gericht zu stellen. Es handelt sich um eine Koalition unabhängiger Menschenrechtsorganisationen aus mehreren Staaten. Der Zweck der Plattform besteht darin, Informationen, Dokumentationen und Beweise für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in Belarus seit 2020 zu sammeln, zu verarbeiten, zu überprüfen und zu speichern.
24.03.2021	Der UN-Menschenrechtsrat verabschiedet die Resolution »Die Menschenrechtssituation in Belarus am Vorabend der Präsidentschaftswahlen 2020 und danach«. In der angenommenen Entschließung heißt es, dass der Menschenrechtsrat seine »tiefe Besorgnis über die allgemeine Menschenrechtssituation in Belarus und ihre Verschlechterung im Vorfeld und nach den am 9. August 2020 abgehaltenen Präsidentschaftswahlen zum Ausdruck bringt«.
24.03.2021	Belarusische Menschenrechtsaktivist_innen verzeichnen Festnahmen, Durchsuchungen, Forderungen nach »präventiven« Gesprächen mit der Polizei und andere Formen des Drucks auf die Bürger_innen in mindestens 12 Städten.

24.03.2021	Russland versuche, sich in die Angelegenheiten von Belarus einzumischen, erklärt der Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg, nach einem Treffen der NATO-Außenminister.
24.03.2021	Sechs Partnerländer der EU (Nordmazedonien, Montenegro, Albanien, Island, Liechtenstein und Norwegen) kündigen an, sich der Entscheidung des EU-Rates vom Februar 2021 anzuschließen, die Sanktionen gegen die belarusischen Behörden um ein Jahr zu verlängern.
25.03.2021	Die Generalstaatsanwaltschaft von Belarus eröffnet ein Strafverfahren gegen die Vorsitzende des inoffiziellen Verbands der Polen in Belarus, Angelina Boris, wegen »Anstiftung zu ethnischen Hass« (Volksverhetzung).
25.03.2021	Die USA forderten die belarusischen Behörden auf, einen Dialog mit den Bürger_innen aufzunehmen, um die Krise im Land zu überwinden, erklärt die stellvertretende Pressesprecherin des US-Außenministeriums, Jalina Porter.
25.03.2021	Im ganzen Land seien am »Tag der Freiheit« (dem Jahrestag der Ausrufung der Belarusischen Volksrepublik (BNR) am 25. März 1918) Fälle von »politischer Verfolgung von Bürger_innen« festgestellt worden, berichtet die Menschenrechtsorganisation »Wjasna«. Die Menschen veranstalten lokale Märsche und Hupkonzerte, zeigen rot-weiß-rote Flaggen und zünden am Abend Feuerwerkskörper. Nach offiziellen Angaben werden mindestens 200 Personen festgenommen.
25.03.2021	Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, erklärt: »Wir erleben eine weitere Eskalation der Repressionen gegen das belarusische Volk, einschließlich organisierter Kampagnen zur Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger_innen, Journalist_innen und der Zivilgesellschaft«.
25.03.2021	Lettland, Litauen und Estland führen neue nationale Sanktionen gegen 118 belarusische Mitarbeiter_innen der Innen- und Justizbehörden sowie lokaler Behörden ein. Zuvor hatten die baltischen Staaten bereits gegen 277 Personen, darunter Aljaksandr Lukaschenka, Sanktionen verhängt. Am gleichen Tag findet ein Treffen zwischen Swjatlana Zichanouskaja und dem litauischen Präsidenten Gitanas Nausėda statt.
27.03.2021	Landesweit finden weitere Festnahmen statt – es werden mind. 245 Menschen festgenommen. In Minsk waren Protestkundgebungen gegen die Fälschung der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen im August 2020 geplant. Aufgrund der großen Konzentration von Sicherheitskräften kommt es nicht dazu.
29.03.2021	Der ehemalige Präsidentschaftskandidat Wiktar Babaryka, der sich momentan in Haft befindet, appelliert an die Belarus_innen, eine Partei zu gründen. Sein Aufruf wurde in der Untersuchungshaftanstalt des KGB verfasst.
29.03.2021	Die Organisation »Human Rights Watch« fordert Belarus auf, die Repressionen gegen Journalist_innen zu beenden.
29.03.2021	Die Generalstaatsanwaltschaft von Belarus eröffnete ein Strafverfahren gegen Swjatlana Zichanouskaja und die Teilnehmer_innen der Initiative ehemaliger Sicherheitsbeamter »ByPol wegen der Vorbereitung eines »gemeinschaftlich organisierten Terroranschlags«.
30.03.2021	Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, kündigt in einem Interview der Zeitung Argumenty i Fakty an, der Kreml erwäge nicht, dass Belarus im Zuge einer vertieften Integration ein Teil der Russischen Föderation wird.
30.03.2021	Die internationale Menschenrechtsorganisation »Amnesty International« hat laut einer Pressemitteilung willkürliche Verhaftungen und Fälle von Misshandlungen älterer Menschen in Belarus dokumentiert.
30.03.2021	Aljaksandr Lukaschenka unterzeichnet ein Einfuhrverbot für Waren und Dienstleistungen aus »feindlichen« Ländern.
30.03.2021	Die Situation in Belarus ist eines der Gesprächsthemen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Das Gespräch findet online statt.

Zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichten-Agenturen BelaPAN und BelTa sowie des Nachrichtenportals naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>